

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Marcus König
Rathaus
90403 Nürnberg

Nürnberg, 29. Juli 2020
AntragstellerIn: Penzkofer-Röhl, Liberova

Situation der städtischen Angestellten ***Besondere Situation von Frauen***

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bislang wurden in den Stadtratssitzungen die verschiedensten Aspekte und Auswirkungen der Coronakrise beleuchtet; der Aspekt der Geschlechterperspektive und die sich daraus ergebenden gleichstellungspolitischen Fragestellungen wurden bislang jedoch noch nicht explizit behandelt.

Mehrere Studien zeigen eindrücklich, dass Frauen, insbesondere berufstätige Mütter, von der Corona Pandemie in besonderer Weise betroffen sind. Ihr Anteil an den systemrelevanten Berufen beträgt knapp 75%, sie arbeiten zudem häufig in Teilzeit mit der entsprechend geringen Entlohnung. Zudem ist, bedingt durch die Coronakrise, eine „Retraditionalisierung“, der Rückfall in alte Rollenmuster zu beobachten: Frauen reduzieren stärker als Männer ihre bisherige Arbeitszeit und wählen häufiger die Arbeit im Homeoffice, um Familie, Homeschooling und Beruf zu vereinbaren. Die Kombination aus Homeoffice, Sorge- und Bildungsarbeit ist jedoch sehr belastend und schwer leistbar – eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in diesen Zeiten kaum gegeben.

Die durch die Stundenreduzierungen und Freistellungen bedingten finanziellen Einbußen verstärken die ökonomische Abhängigkeit von Frauen. Viele sorgen sich, nach der Krise nicht mehr im gleichen Umfang wie vor der Krise arbeiten zu können – mit den entsprechenden Konsequenzen für die berufliche Weiterentwicklung und die spätere Rente. Die häusliche Isolation und die Existenzsorgen erhöhen zudem das Risiko häuslicher Gewalt, der überwiegend Frauen und Kinder ausgesetzt sind.

- 2 -

Die Einflussmöglichkeiten der Kommune sind in diesen Zusammenhängen vergleichsweise gering, sie hat jedoch gewisse Handlungsspielräume als Arbeitgeberin z.B. in Bezug auf flexible Arbeitszeiten/Teilzeit, die alternierende Telearbeit (das Arbeiten im „Homeoffice“). Hier hat die Stadt Nürnberg bereits im Jahr 2014 ein beispielgebendes Konzept für die städtischen Angestellten entwickelt und eine entsprechende Rahmendienstvereinbarung verfasst, insbesondere um Mitarbeitenden eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Schon vor der Pandemie war eine Überarbeitung und eventuelle Ausweitung der Telearbeit geplant.

Die SPD-Stadtratsfraktion bittet daher im zuständigen Ausschuss um einen

Bericht:

zur angesprochenen Situation der städtischen Belegschaft. Insbesondere soll dabei auf folgende Fragen eingegangen werden:

- In welchem Ausmaß gab/gibt es vorübergehende Arbeitszeitreduzierungen?
- In welchem Ausmaß gab es finanzierte Freistellungen und sieht die Verwaltung Möglichkeiten, das durch vorübergehende Freistellungen reduzierte Gehalt bei Kinderfreistellungen nach dem IfSG aufzustocken?
- Wurde das mobile Arbeiten bzw. das Arbeiten im Homeoffice ausgeweitet und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dies wahrgenommen und waren dabei Frauen verstärkt im Homeoffice eingesetzt bzw. haben dies gewünscht?
- Wie wurden und werden diese Mitarbeitenden unterstützt und welche bislang noch nicht erkannten Bedarfe/Erfordernisse haben sich ergeben?
- Haben die jetzt gemachten Erfahrungen Einfluss auf das derzeit diskutierte Konzept für mobiles Arbeiten/Homeoffice?
- Ist hier auch an eine Ausweitung gedacht und zu welchen Bedingungen, insbesondere denen des Arbeitsschutzes, der Teilhabe am kollegialen Arbeiten und der Ausstattung des häuslichen Arbeitsplatzes?

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Brehm
Fraktionsvorsitzender

Gabriele Penzkofer-Röhl
Stadträtin

Diana Liberova
Stadträtin